

Zum Verhältnis von Wissen, Interesse und Macht bei der Gestaltung technischer Entwicklungen: das Beispiel der Enquete-Kommissionen

Vowe, Gerhard

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Vowe, G. (1987). Zum Verhältnis von Wissen, Interesse und Macht bei der Gestaltung technischer Entwicklungen: das Beispiel der Enquete-Kommissionen. In J. Friedrichs (Hrsg.), *23. Deutscher Soziologentag 1986: Sektions- und Ad-hoc-Gruppen* (S. 405-408). Opladen: Westdt. Verl. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-150744>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Sektion Wissenschaftsforschung

Sprecher: Hartmut Neuendorff (Dortmund)

Zum Verhältnis von Wissen, Interesse und Macht bei der Gestaltung technischer Entwicklungen. Das Beispiel der Enquete-Kommissionen

Gerhard Vowe (Darmstadt)

Mit Enquete-Kommissionen (EK) hat sich im Deutschen Bundestag eine Form der Interaktion von politischer Entscheidung, gesellschaftlichen Interessen und wissenschaftlichem Wissen entwickelt, die zunehmend auch für die parlamentarische Bearbeitung von Problemen mit technischen Aspekten eingesetzt wurde. Ich will drei bereits abgeschlossene EK daraufhin durchsehen, wie ihr Beitrag zur Gestaltung technischer Entwicklung einzuschätzen ist und auf welche Faktoren dies jeweils zurückzuführen ist (1).

1. Entgegen den von den politischen Rahmenbedingungen her naheliegenden Erwartungen hat es die EK "Zukünftige Kernenergie-Politik" (1979-1980) vermocht, weitgehend einvernehmlich ein nachhaltig wirksames Muster für die Behandlung des Energieproblems zu entwickeln. Auf dieser Grundlage wurden politische Wirkungen der EK wie die innerparteiliche Stabilisierung in der Energiediskussion und die beginnende Integration der Öko-Bewegung in das parlamentarische System möglich. Die EK konnte diesen überraschenden Weg vor allem deshalb einschlagen, weil sich der Protagonist einer auf Brutreaktoren basierenden langfristigen Lösung des Energieproblems und der Vertreter einer auf Sonnenenergie und rationeller Energieverwendung basierenden, ebenfalls langfristigen Lösung des Energieproblems miteinander arrangierten. Dies war in der gegebenen inhaltlichen und politischen Situation aus Sicht jeder der beiden Positionen unumgänglich und führte zu einem komplizierten Übereinkommen, an dessen Ergebnis und Zustandekommen wissenschaftliches Wissen einen zentralen Anteil hatte: Ein wis-

senschaftsbasiertes Vorgehen erwies sich als leistungsfähige Methode und als ein adäquates Medium der Verständigung; es war vor allem aber den dominierenden Interessen angemessen, die sich aus einer wissenschaftlichen Problemsicht her definierten und sich auf wissenschaftlich-technische Bezugsgruppen stützten.

2. Zu Ausbau und Weiterführung des Arrangements kam es in der Fortsetzung der EK "Zukünftige Kernenergie-Politik" (1981-1983) nicht, weil sich der Druck auf die Kommission aufgrund der Finanzierungskrise des Brüters verstärkte und sich das politische Feld in der Entscheidungsphase der EK im Herbst 1982 auflockerte. Es gelang den Brüterbefürwortern auch ohne Einigung mit der Gegenseite eine Mehrheit für eine Inbetriebnahme des Reaktorprototypen zustandezubringen, die eine breite politische Akzeptanz des Brutreaktors dokumentierte, die damit auch im politischen und gesellschaftlichen Umfeld akzeptanzsteigernd eingesetzt werden konnte und die so die Weiterfinanzierung ermöglichte. Die inhaltliche Arbeit der EK war auf die Sicherheitsfrage konzentriert und hier stark beansprucht durch die Probleme, die aus der parallel organisierten Forschung von Brüterbefürwortern und Brütterskeptikern erwachsen; für die im Kommissionsauftrag gestellte Frage einer umfassenden Bewertung der "fortgeschrittenen Reaktorlinien" hat sie nur Teilantworten liefern können.

3. Auf dem Hintergrund des doppelten medienpolitischen Patts (zwischen den Parteien und zwischen Bund und Ländern) konnte sich in der EK "Neue Informations- und Kommunikationstechniken" (1981-1983) keine Position durchsetzen, die nicht auf eine Strategie der Verhinderung gegnerischer Gewinne setzte. Die EK war eine taktische Ressource in der medienpolitischen Auseinandersetzung; in erster Linie sollte der Gegner möglichst nichts erreichen. Macht und Tausch waren im Hinblick auf diese Zwecke leistungsfähige Medien, während die Bedeutung einer Verständigung in einem wissenschaftsorientierten Bezugssystem zurücktrat. Unter solchen Umständen war dann allenfalls noch eine Bestandsaufnahme der Potentiale und Probleme ein konsensfähiges Ergebnis.

4. Zum Stellenwert von EK bei der Gestaltung technischer Entwicklung: Alle drei EK haben auf die letztendlichen Entscheidungen nur mittelbar Einfluß ausgeübt. Je manifester der Problemdruck, desto weiter rückt das Parlament an die Peripherie des politischen Geschehens und eine EK wiederum an die Peripherie des Parlaments. Zwei Punkte bleiben an politischer Potenz:

a) EK können eine woanders getroffene oder noch zu treffende Entscheidung politisch abstützen. Dieses ist politisch nicht unwichtig und vor allem nicht unaufwendig. Aufwand, Ertrag und Risiko steigern sich, je anspruchsvoller die Funktion ist: Ob lediglich Zeit gewonnen, ob politische Kräfte absorbiert, ob Akzeptanz verbreitert oder ob tatsächlich eine Entscheidung legitimiert werden soll - also nach verschiedenen Seiten von verschiedenen Seiten geprüft wird.

b) Eine EK kann den Hintergrund für die verschiedenen Optionen einer technischen Entwicklung aufklären und strukturieren - in politischer, sozialer und kognitiver Hinsicht. Wenn wie in der ersten EK zur Kernenergie Paradigmen gebildet werden - aus einer unübersichtlichen Landschaft von Argumenten ein griffiges Muster gebildet wird - ist der Aufwand erheblich. Selbst wenn dann die Entscheidung anderweitig getroffen wird, so ist die Einordnung in das Muster von Belang für die Auseinandersetzung.

In welchem Maße diese beiden Funktionen erfüllt werden, ist nicht zwingend vorgegeben, hier verfügen die Kommission und einzelne Mitglieder über Spielraum. Dabei ist nicht institutionell determiniert, daß wissenschaftliches Wissen immer instrumentell gehandhabt wird und für das Ergebnis der EK unerheblich bleibt. Aber wissenschaftliches Wissen kommt erst bei ganz spezifischen Konstellationen und Strukturen von Interessen zum Tragen; erst unter bestimmten Bedingungen bietet eine "politische Rationalität" Raum für eine "substantielle Rationalität" (Mayntz). Macht und Tausch bleiben die prioritären Medien eines Problembearbeitungssystems, das zwar auf

Interaktion von Wissenschaft, Interessen und Politik angelegt ist, aber durch vielfache Momente eine Dominanz des Politischen sichert. Daß das Medium einer wissenschaftsbasierten Verständigung die Interaktion in der Kommission prägen kann, ist an komplexe außerwissenschaftliche Bedingungen gebunden, vielfach gebrochen durch andere Momente und nur von begrenzter Wirkung über den Kreis der EK hinaus. Es ist - wie der Fall der ersten EK zur Kernenergie zeigt - möglich, aber es bleibt ein zu erklärendes Phänomen: Wissenschaftliches Wissen kann zum relevanten Faktor für Einigung und Lösungsentwurf werden, wenn kleine Geländegewinne nicht ziel-adäquat sind und die notwendigen Mehrheiten nicht über politische Mechanismen zu beschaffen sind. Dann bleibt nur das Arrangement der Pole. Die damit verbundene Suche nach Berührungspunkten ist aufwendig und riskant - die Wahl entsprechender Strategien ist folglich nicht selbstverständlich, auch nicht für Sachverständige. Sie werden gewählt, wenn andere Strategien nicht greifen und wenn die Voraussetzungen vorhanden sind - d.h. vor allem, daß die Interessen selbst in einem wissenschaftlichen Bezugssystem stehen.

- (1) Eine ausführliche Fassung des Vortrages findet sich in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 17 (1986) 4. Eine Monographie ist in Vorbereitung. Die Enquete-Kommissionen zur Gentechnik und zur Technikfolgenabschätzung sind zum jetzigen Zeitpunkt (Okt. 86) noch nicht bilanzierungsfähig.